

Franz Walter

LoHaS-Politik

Grüne Scharnierpartei der neuen Bürgerlichkeit

Die grüne Trendsettergruppe LoHaS – »Lifestyle of Health and Sustainability« – erfährt gesellschaftlichen Aufschwung. Franz Walter beleuchtet diesen Typus des Neubürgers vor dem Hintergrund der Bewegung der Grünen in die Mitte der Gesellschaft. Kritisch setzt er sich mit politischen Bündnissen wie Schwarz-Grün und Jamaika auseinander, die einen Widerspruch in sich darstellen.

Besuch auf einer Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen. Der Kleiderlook ist »légèrintellektuell«, die Sakkos der meisten sind keineswegs billig. Etliche Delegierte haben einen Laptop vor sich auf dem Tisch stehen, was auf Parteitag von Union oder SPD durchaus nicht im gleichen Maße zu beobachten ist. In der »Catering- und Servicehalle« auf dem Parteitagsareal haben sich Pharma- und andere Wirtschaftsunternehmen ausgebreitet. Man reicht neben Werbematerial kostenlose Kekse und Kaffee. Die Delegierten lassen sich nicht lange bitten, greifen beherzt zu.

Schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre hatte Elisabeth Noelle-Neumann den Anpassungsprozess der Grünen in die Gesellschaft prognostiziert und an Wandlungen in Einstellungsfragen plausibel zu machen versucht. Die frühere Leiterin des Instituts für Demoskopie in Allensbach sollte recht behalten. Die grünen Bevölkerungskreise sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Mehr noch: Sie sind die Besserverdienenden und Hochgebildeten in der deutschen Republik schlechthin, dabei überwiegend – weil in leitenden Stellen des öffentlichen Dienstes beschäftigt – fest abgesichert. In einer Erhebung, welche die rot-grüne Regierung im Depressionsjahr 2004 in Auftrag gegeben hatte, äußerten sich allein die Postmaterialisten höchst zufrieden mit der Politik des Bundeskabinetts. In diesem Milieu fiel die Zustimmung zur Agenda 2010 und damit den gewiss nicht sonderlich libertären Hartz-IV-



Franz Walter

(* 1956) ist Professor für Parteienforschung an der Universität Göttingen. Gerade erschienen bei Suhrkamp: *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie.*

fwalter1@gwdg.de

Gesetzen am höchsten aus. Allein die Anhänger der Grünen waren zu über 90 % mit der Leistung der eigenen Partei in diesen tristen Jahren der Republik zufrieden.

LoHaS als kulturell klimabildende Trendsettergruppe

Im Rest der Gesellschaft grassierten Sorgen, zirkulierten Ängste – einzig die gut situierten Lebenswelten der Grünen, die ein Vierteljahrhundert zuvor aus Protest und Unmut gegen die sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungen überhaupt erst entstanden waren, lebten nun in kommoder Eintracht mit den Herrschenden. Und man genoss das Leben. Die Lebensstilanalysen des Heidelberger *Sinus-Instituts* der letzten Jahre dokumentierten präzise, dass nur die postmaterialistischen Lebenskreise in Deutschland von den Krisengefühlen nach 2001 nicht elementar affiziert wurden. Man setzte ungerührt die toskanische, edle und distinkte Lebensweise fort. Das Rebellionsmilieu von 1983, als noch zwei Drittel der Grün-Wähler ohne

Erwerb waren, hatte sich im nachfolgenden Vierteljahrzehnt zum Elitenmilieu gewandelt und ist nun im Jahr 2008 zum Statusmilieu des avancierten Bildungsbürgertums der 50er und 60er Geburtsjahrgänge geworden. Für das Marketing exklusiver und teurer Konsumwaren bildet es inzwischen ein bevorzugtes Marktsegment, dem man die Bezeichnung LoHaS (»Lifestyle of Health and Sustainability«) gegeben hat.

LoHaS gelten als eine kulturell klimabildende Trendsettergruppe; sie praktizieren einen ökologischen und nachhaltigen Konsumstil, wollen dabei aber nicht asketisch sein, sondern Genuss erleben. Gesundheit und Natur sind ihnen wichtig, aber moderne Technik ist ihnen nicht suspekt. Lifestyle und Rettung des Planeten versuchen sie für sich in Harmonie zu bringen. Die neugrünen LoHaS eines »subtilen Urbansnobismus« (Alfred Dorfer) legen dabei hohen Wert auf Abstand gegenüber den Lebensgewohnheiten der Unterschichten; man ist »Connaisseur«, achtet sorgsam darauf, »entre nous« zu bleiben. Dabei ist dieser Typus des Neu-Bürgers – des »cultural creatives«, wie ihn der amerikanische Soziologe Paul H. Ray genannt hat – gesellschaftlich durchaus im Anstieg. Richard Florida hat in seinem Buch *The Rise of the Creative Class* die Größe der Kreativklasse in den »transmodernen« Wissensgesellschaften auf nahezu 30 % der Erwerbstätigen taxiert; Ray geht von rund 25 % aus.

So gesehen scheinen politische Bündnisse aus Alt- und Neubürgertum, etwa in Form von Schwarz-Grün oder gar Jamaika-Koalitionen, keineswegs abwegig. Bezeichnenderweise haben sämtliche Fraktionschefs der Grünen im Oktober 2009 manifestiert, dass für sie eine Öffnung zur Union bzw. FDP kein unzüchtiges Begehren mehr darstellt. Mit Norbert Röttgen hat die Bundeskanzlerin auch einen Christdemokraten zum Bundesumweltminister gemacht, der die Kontaktaufnahmen zwischen Schwarzen und Grünen in Berlin erleichtern dürfte. Die klassischen Bündnispartner der

Union in den Chefetagen der Wirtschaft werden auch nicht obstruieren. Schon 2008 ergab eine Umfrage unter Topmanagern, dass in der Wirtschaftselite der Bundesrepublik nicht weniger als drei Viertel für eine schwarz-grüne Regierungsallianz plädieren. Schließlich erhoffen sich auch die Repräsentanten der Wirtschaft durch den forcierten Ausbau von Umwelttechnologien einen neuen Wachstumszyklus und Vorsprung auf den Weltmärkten. Das ökologische Thema gilt nicht mehr, wie noch in den 70er/80er Jahren, als verstiegene Idee von randständigen Sonderlingen, sondern als harter und realer Wettbewerbsvorteil der deutschen Industrie. Der neue Schub für die Ökologie fällt unzweifelhaft bürgerlicher aus als in der primären Erweckungsphase vor ca. 30 Jahren. Es kann schon sein, dass in den Zentren des Umweltbusiness Bürgerliche mit Sympathien für die Grünen und Bürgerliche mit Nähe zur CDU/CSU/FDP gemeinsame Klientelinteressen finden – und sie dann auch politisch im Paket zum Ausdruck bringen werden.

Schwarz-Grün oder Jamaika – ein Paradoxon?

Und doch stehen nach wie vor Hindernisse im Weg zu dauerhaften neuen bürgerlichen Allianzen. Denn weiterhin ordneten sich Sympathisanten der Grünen in all diesen Jahren auf der Links-Rechts-Achse eher links, diejenigen der Union hingegen am weitesten rechts ein – und der Abstand zwischen den beiden Lagern hat sich selbst während der großen politischen Anpassungs- und Nivellierungsprozesse zwischen den klassischen Lagern (rechts von der PDS/»Linken«) nach 1998 kaum reduziert. Grünwähler sind nach wie vor die entschiedensten Befürworter einer Bürgerversicherung, des expliziten Gegenmodells also zur christdemokratisch-freidemokratischen Gesundheitsprämie. Allein die Wähler der Grünen votieren mehrheitlich für einen

EU-Beitritt der Türkei, der CDU-Anhang lehnt eben das zu 90 % ab. Dass Einwanderung eine ökonomische und kulturelle Bereicherung für die Nation bedeuten können, leuchtet etlichen Grünenwählern ein, denen der CDU/CSU aber keineswegs.

Auch aus einem weiteren Grund ist für die Grünen eine allzu forsche Allianzbildung mit den Gegnern von gestern nicht unprekär. Die gegenwärtige Grüne Jugend steht nun wieder erheblich weiter links von der Mutterpartei, ist mittlerweile wieder stärker aktionsorientiert. Die wissenschaftliche Jugendforschung hat zuletzt ebenfalls zumindest zarte Signale für eine neuartige Politisierung in Teilen der jungen Bevölkerung vernommen. In den Studien zu den deutschen Lebenswelten wird von jungen »Experimentalisten« gesprochen, bei denen sich massiv das Gefühl der Chancenlosigkeit, Entfremdung und Frustration breitgemacht hat. Die Kritik am Primat der Ökonomie hat dort rapide zugenommen. Rund ein Viertel dieses jugendlichen Milieus kultiviert nach Jahren der Absenz wieder Ausstiegsszenarien.

Bei den Älteren scheint sich vor allem Grün und Gelb zu beißen. Ein beträchtlicher Teil der Ressentiments geht zurück auf die Pubertät der Hauptakteure in beiden Parteien. Die Jugendkultur vor etwa 30 Jahren war geteilt in – wohl mehrheitliche – »Trittins« und – seinerzeit weniger zahlreiche – »Westerwelles«. Die einen gerierten sich sehr links, bekämpften zumindest mit Plaketten und Autoaufklebern die Atomkraft, verbrachten die Kneipenabende auf ziemlich schmutzigen Sofas, trugen ausgefranste Parkas und lange Haare. Die anderen präferierten die geselligen Abendstunden mit teuren Alkoholika, gut ausgestatteten Partykeller der Eltern, kleideten sich in gelben Pullis und nicht ganz billigen Cashmereschals, legten Wert auf Façon beim regelmäßigen Haarschnitt und gaben sich betont affirmativ gegenüber dem Staat, der Wirtschaftsordnung, der Leistungsgesellschaft. Das mag klischee-

haft klingen, aber es war eine hunderttausendfach geteilte Alltagserfahrung irgendwo in den Jahren 1973 bis 1983. Auf den Schulhöfen standen die beiden Gruppierungen sorgfältig getrennt in verschiedenen Ecken. Die beiden Kulturen begegneten sich mit herzlicher Abneigung, ja Verachtung – und dies tatsächlich bis heute.

Differenz als Motor für Kreativität

Natürlich rührt die Distanz nicht allein aus früheren gymnasialen Fehden und pubertär überhitzten Abneigungen her. Es gibt nach wie vor tatsächliche Differenzen. Die grobe soziologische Betrachtung reicht eben nicht. Grüne und Freie Demokraten teilen zwar den gutbürgerlichen Status, aber sie begründen gleichwohl zwei verschiedenartige Lebenswelten im Milieu der Besserverdienenden. Zwischen diesen Welten gibt es bemerkenswert wenig soziale Kontakte und normative Berührungspunkte. CDU-Wähler stehen den Grünen nachweislich nicht so misstrauisch-ablehnend gegenüber wie die Anhänger von Westerville. Auch die Analysen der Wanderungsbewegungen zwischen den Parteien bei Wahlen ergeben, dass sich zwischen FDP und Grünen wenig tut. Bei der FDP geben in den letzten Jahren wieder kleinere und mittlere Selbstständige politisch den Takt an. Bei den Grünen sind das die Beamten des höheren öffentlichen Dienstes. In der neuen FDP-Kernanhängerschaft dominiert der Typus des jungen Mannes, der laut damit hadert, dass nicht genug Netto vom Brutto bleibt. Im Spektrum der Öko-Partei überwiegen akademische Frauen mittleren Alters, denen eine ordentliche sozialstaatliche Infrastruktur zur Unterstützung ausbalancierter Lebensmodelle wichtiger sind als kräftige Steuersenkungen für den Einzelnen.

Eben das macht das Problem einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Scharnierparteien der Mitte wirklich aus: Sie sind

sich sozial nah, aber differieren im Ethos, in ihren orientierenden Deutungsmustern nach wie vor erheblich. Sie unterscheiden sich vor allem dort, wo es um die primäre politische Identität geht. Keine Formation wettert stärker über die vermeintliche Steuerlast in Deutschland als die der Liberalen. Niemand hält demgegenüber die steuerliche Beanspruchung der Bürger für so angemessen wie das grüne Pendant. Fast alle Grün-Wähler hätten gern sämtliche Atommeiler abgeschaltet; nahezu drei Viertel der FDP-Wähler setzen dagegen auf die Atomtechnologie. Grüne Anhänger sind in erheblicher Zahl ehrenamtlich aktiv, in den letzten Jahren zunehmend im kirchlichen Bereich. Die jungen Truppen der FDP hingegen kündigen vermehrt – nicht zuletzt wegen der Kirchensteuern – ihre Mitgliedschaft im institutionellen Christentum auf und zeigen wenig Sinn für bürgergesellschaftliches Engagement.

Es sind also nicht nur Phantomdifferenzen zwischen den beiden Parteien des

besserverdienenden deutschen Bürgertums. In der Mitte der Gesellschaft haben sich zwei eigene und konträre Lebenswelten entwickelt, nicht in materieller Hinsicht, aber in Hinsicht von Prinzipien, in der Sichtweise von dem, was man für wichtig hält, wie man die Zukunftsentwicklungen interpretiert, welchen Umgang man mit anderen Schichten erstrebt. Dahinter verbergen sich keine fundamentalistisch entgegengesetzten Ideologien. Aber beträchtliche Unterschiede in der normativ unterlegten Perspektive, was eine gute Gesellschaft ausmacht, lassen sich durchaus erkennen. Und manchmal wünscht man sich, dass solche realen Differenzen der Gesellschaft auch in der Politik stärker zugespitzt und in einen ernsthaft ausgetragenen Streit überführt werden. Nicht alles sollte planiert, entkernt, nivelliert werden. Die Differenz ist schließlich ein Motor für Kreativität und nicht zuletzt für soziales Engagement. Auch grüne Parteiführer sollten das nicht gänzlich vergessen.

Claudia Pinl

Es gibt mehr Bourgeois als man denkt

Freiheit, Gleichheit und Solidarität oder doch lieber die eigenen, individuellen Interessen – eine höchst umstrittene Frage, die man in allen Lebensbereichen finden kann. Claudia Pinl analysiert, inwieweit sich dieser Widerspruch in einzelnen Politikfeldern widerspiegelt und welche Konsequenzen sich aus aktuellen politischen Entscheidungen ergeben.

Claudia Pinl

(* 1941) schreibt zu feministischen und frauenpolitischen Themen u.a. für die *taz* und die *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 2007 erschien im *Konkret Literatur Verlag* ihr Buch *Das Biedermeier-Komplott. Wie Neokonservative Deutschland retten wollen*.

claudiapinl@web.de



thias Greffrath in der deutschen Ausgabe von *Le Monde diplomatique* vom Februar 2008. Es gibt in der Tat eine erschreckend große Anzahl von Menschen, denen ein funktionierendes, auf die republikanischen Fundamente von Freiheit, Gleichheit und Solidarität setzendes Gemeinwesen zunehmend gleichgültig ist, solange sie nur ungehemmt ihre jeweiligen Partikularinteressen verfolgen können. Das fängt nicht erst bei der Steuererleichterung für das

»Es gibt mehr Bürger als man denkt«, lautet die Überschrift eines Beitrags von Ma-